



AUSGABE 2

unbezahlbar

Februar 2012

# Kinderfreundliches Gaarden

Magazin für das Ostufer

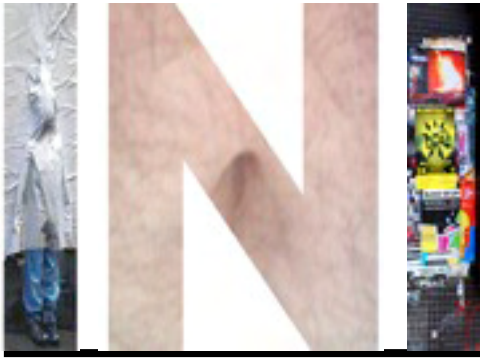


## Dringend gesucht: Neue Bewohner für Gaarden

Die Immobilien-Verwertungs-Koalition inklusive Stadtpolitik sucht mit Hilfe des Wirtschaftsbüros Gaarden neue Bewohner für Gaarden.

Die angestrebte Aufwertung und die damit verbundenen Mietpreiserhöhungen werden nicht zur Verdrängung der Habenichtse führen - geschworen.

# INHALT



## FALSCHER STADTTEIL

\_\_ DREI

Kinderarmut passt nicht zur „Sailing City“

## KINDERARMUT IST UNSCHÖN

\_\_ VIER

Und passt nicht zu „Sailing City“

## KINDERARMUT IST UNSCHÖN

\_\_ FÜNF

Und passt nicht zu „Sailing City“



## KINDERARMUT IST UNSCHÖN

\_\_ FÜNF

Und passt nicht zu „Sailing City“

## NEUE BEWOHNER GESUCHT

\_\_ SECHS

Sozialraumbericht Gaarden neue

## DIE HOFSTRANZE

\_\_ SECHS

Das Überleben eines opportunen Tierchens



## AUSGEGRENZTE ARMUT.

\_\_ SIEBEN

Integrieren statt verdrängen

## INTERVENTIONS. UND PRÄVENTIVMAßNAHMEN..

\_\_ NEUN

Menschen wirklich ernst nehmen

## 95 FORDERUNGEN

\_\_ ZEHN

Die ersten 20

Scheiße!  
Falscher Stadtteil,  
falsche Eltern.  
Das wird nix mit der  
Bildung



# ARMUT IST UNSCHÖN

## Wie kriegt man mit 3 Euro am Tag ein Kind gesund satt?

Armut in Kiel? Wer hätte das gedacht. Armut steht doch gar nicht in den Wahlprogrammen der Parteien.

SPD und Linke haben zwar auf den Plakaten zur letzten Kommunalwahl mit „gegen Kinderarmut“ geworben, aber danach hat man von beiden nur noch in Sonntagsreden und manchmal in Zusammenhang mit irgendwelchen Projekten etwas davon gehört.

Vielleicht besser so, denn mal ehrlich: Kinderarmut passt doch auch gar nicht zu einer „Sailing City“, sondern eher zur Folklore exotischer Länder oder zum Spendenaufruf im Fernsehen.

Stellen sie sich nur einmal vor, sie wollen abends so richtig schön essen gehen und dann würden sie plötzlich ein paar hungrige Kinder anbetteln. Das wäre doch unschön.

Deshalb sind wir auch irgendwie dankbar, dass im Kieler Rathaus nicht über Kinderarmut gesprochen wird und auch die Kieler Nachrichten Zeilen über Hundekot höher schätzen, in den Kieler Nachrichten nicht über dieses Thema gesprochen wird.

Anfang 2010 hieß es noch einmal vom Kreisverband der SPD, dass er das neue Jahr mit einer Klausurtagung begonnen hat und als einen Schwerpunkt benannt hatte: „Wir werden Maßnahmen gegen die Armut in der Stadt auf den Weg bringen.“ Aber auch davon blieben wir dann verschont. Da werden wir wohl erst wieder zu den Landtagswahlen von der Partei DieLinke davon hören, die zumindest bei Wahlkämpfen dieses Thema anspricht.

### **Schluß mit dem Sarkasmus.**

Armut ist für Kinder und Jugendliche brutal. Armut ist weit mehr, als wenig Geld zu haben. Denn sie führt zu vielfältigen Benachteiligungen, Belastungen oder Beeinträchtigungen, etwa im Gesundheits-, Wohn-, (Aus-)Bildungs-, Kultur- und Freizeitbereich. Dies verleitet manche Beobachter dazu, Armut zu subjektivieren und sie auf die Bildungsferne bzw. Kulturdefizite davon Betroffener zurückzuführen.

Angemessene Diskussionen finden in Kiel nicht statt oder werden entschärft - politische Schlussfolgerungen im Zusammenhang mit dem Sozialbericht werden vermieden. Statt dessen setzt man auf Verschweigen und schöne Worte wie Bildungslandschaft..

Arme Kinder haben kaum keine Lobby in Kiel. Das wurde im letzten Jahr deutlich, als es um die Kitazuschüsse ging. Ein entsprechender Antrag wurde in den Jugendausschuss abgeschoben. Nur ein weiterer Antrag auf eine „Übergangsregelung“ durch die kleinste Ratsfraktion (Direkte Demokratie) bewirkte, dass die Kooperation, wohl aus Angst vor einem Dauerthema,

endlich eine Regelung verabschiedete. In der Zwischenzeit hatte man ja einiges an Geld gespart und das bei denen, die sich am wenigsten wehren können und die am wenigsten mit der prekären Lage der städtischen Finanzen zu tun haben.

### **Folgen der Armut für Kinder - eine kleine Auswahl**

Gesundheit und Krankheit  
Säuglingssterblichkeit 2,7 x häufiger  
Hyperaktivität 3,2 x häufiger  
Todesfälle durch Unfälle 3,8 x häufiger  
Sprechstörungen 4,2 x häufiger  
Emotionale und soziale Störungen 5,1 x häufiger  
Psychomotorische Störungen 6,3 x häufiger  
Mentale Beeinträchtigungen 14,6 x häufiger

### **Bildung und Ausbildung**

Bei gleicher Begabung ist die Chance eines/r 15-jährigen Jugendlichen aus reichem Haus viermal so hoch, das Gymnasium zu besuchen wie die eines Facharbeiterkindes. Die Chancen der Kinder von allein erziehenden Müttern, von Arbeitslosen und Migrantinnen sind noch wesentlich geringer.

Kinder aus einkommenschwachen Haushalten besuchen zu 58% die Hauptschule, zu 11% das Gymnasium. Bei Beamtenkindern ist die Relation genau umgekehrt.

### **Gesellschaftliche Teilhabe und Ausschluss**

Kinder aus Armutsfamilien sind etwa zehnmal so oft auf stationäre Erziehungshilfe angewiesen (Heim u. ä.) wie Kinder in gesicherten Verhältnissen. Dies gilt auch für Kinder allein erziehender Mütter - „wegen erschwelter und belastender Rahmenbedingungen“ durch Armut. (KVJS: Jugendhilfebedarf und sozialstruktureller Wandel)

Nicht Nationalität oder Religion sind ausschlaggebende Gründe für Jugendgewalt, sondern niedriges Bildungsniveau, Armut, soziale Ausgrenzung und schlechte Integrationsperspektiven. Sowohl die Gesundheitsrisiken als auch die Jugendgewalt wachsen umso stärker, je größer die Unterschiede zwischen Arm und Reich werden und eine „Winner-Loser-Kultur“ entsteht. (Chr. Pfeiffer, DVJU-Sonderdruck)

### **Fazit:**

Armut gefährdet das Kindeswohl. Sie beschränkt die Entwicklungs- und Lebenschancen der betroffenen Menschen - arm bleibt arm und dumm bleibt dumm.

Die Prozentsätze der Kinderregelsätze und die Einstufung in Altersklassen orientierten sich mit der Einführung von Warenkörben Anfang der 70er Jahre vor allem am Kalorienverbrauch. Sie betrug z.B. wegen des steigenden Energieverbrauchs für 8-11-jährige 65% und für 12-15-jährige 75% des Eckregelsatzes, für 16-21-jährige 90%. Das galt bis 1990. Ein 12-jähriges Schulkind hatte auf dieser Grundlage im Jahre 1987 noch 87 Euro mtl. oder 2,90 Euro täglich zur Verfügung, ein zehnjähriges Schulkind 75 Euro bzw. 2,51 Euro. Ab Juli 2007 sind davon noch 2,28 Euro übrig geblieben. Würden die damaligen Prozentsätze vom Eckregelsatzes heute noch bestehen und wäre die Steigerung der Lebensmittelpreise um 20% berücksichtigt worden, müsste der Ernährungsanteil eines 12-jährigen Schulkindes heute nicht 2,28 Euro, sondern 3,48 Euro pro Tag betragen. Die zugestandenen Mittel für Essen und Trinken von Schulkindern aus Armutsfamilien sind also real um 1/3 gekürzt worden.

# KINDERARMUT

**ist ein in Projekt  
von SPD, GRÜNEN, CDU und  
FDP auf Bundesebene unter Beteiligung  
der regional mitverantwortlichen  
PolitikerInnen**

## **Aktuelle Schirmherrschaft**

**Angela Merkel (CDU), Sigmar Gabriel (SPD), Ursula von der Leyen (CDU),  
Frank-Walter Steinmeier (SPD), Wolfgang Schäuble (CDU), Claudia Roth (Die Grünen),  
Phillip Rösler (FDP), Peer Steinbrück (SPD), Jürgen Trittin (Die Grünen) und viele mehr**

## **Regionale Schirmherrschaft**

**Michael Stremmlau (Geschäftsführer Jobcenter Kiel), Torsten Albig (SPD),  
Stefan Kruber (CDU), Gesa Langfeldt (SPD), Katja Günther (Die Grünen),  
Florian Jansen (DieLinke), Helmut Landsiedel (FDP) u.v.m.**

## **Essen und Trinken pro Tag**

<b>Für ein 14 jähriges Kind von Hartz IV-Beziehern</b>	<b>für eine/n Bundestagsangeordnete/n</b>
<b>Essen und Trinken pro Tag 2,28</b>	<b>Frühstück 19,80</b>
<b>1987 wares es noch 2,90 Euro</b>	<b>Mittagessen 35,36</b>
	<b>Abendessen 35,36</b>

# NEUE BEWOHNER GESUCHT

Die Aufwertung Gaardens soll neue Bewohner und neue Wirtschaftskraft - so eine der Grundideen des Sozialraumberichts Gaardens 2011, der die Vorstellungen von Stadtpolitik und Stadtverwaltung enthält.

Ohne Wirtschaftsleistung keine Steuern, ohne Steuern keine sozialen Leistungen, so kann man die Ideologie umschreiben.

Das Problem ist: Wir wissen längst, dass die Rechnung nicht aufgeht. Wenn eine um Gaarden erweiterte prosperierende Innenstadt die Voraussetzung für sozialen Ausgleich sein soll warum wird billiger Wohnraum und damit auch die Höhe der Transferleistungen dann immer teuer und welchen Sinn macht es, diese Entwicklung weiter zu forcieren?

Wirtschaftlich potentere EinwohnerInnen sollen für Gaarden angelockt werden und ärmeren werden schrittweise verdrängt. Nicht die real existierende Stadtbevölkerung und ihr Bedarf sind der Maßstab politischen Handelns, sondern das Ziel, Gaarden attraktiv für Investitions- und Wohnortentscheidungen zu machen.

Es sollen Investoren angelockt werden - die machen Rendite. Damit das passieren kann, muss die öffentliche Hand alles tun.

Das dies letztlich auch den Schwächeren hilft ist ein Märchen. In Kiel sollen nicht "die Schwächeren" geschützt werden, sondern denen gegeben werden, die schon haben und keine soziale Verantwortung tragen.

Dafür plant die Stadt unter anderem den „Wiedereinstieg in die aktive Wohnungssteuerung seitens der Landeshauptstadt Kiel, u.a. durch gezielten Ankauf von Immobilien“ aber nicht, um eine Verdrängung zu verhindern, sondern „um zusätzlich zu den Belegungsrechten auf die Durchmischung in Gaarden einwirken zu können.“ (S:38)

Damit das alles wahr wird, geht es wesentlich darum für die positive Wahrnehmungen eines problematisches Raumes zu sorgen und dann brav zu verschwinden, wenn der Investor kommt.

Eine sehr lesenswerte Stellungnahme können Sie unter <http://www.wirinkiel.net/wp-content/uploads/Stellungnahme-SRB-2011.pdf> lesen und downloaden.

# DIE HOFSTRANZE/DER HOFSTRANZE

Die Hofstranze (die, in älterer Zeit auch der Hofstranze) ist eine seit dem 16. Jahrhundert gebräuchliche abwertende Bezeichnung für einen Höfling am Hof eines Fürsten, deren Bedeutung negative Charakterzüge und Verhaltensweisen wie Gefallsucht, Schmeichelei umfasst. Übertragen wird das Wort auch für Personen im nicht-höfischen Umfeld einer hochgestellten oder einflussreichen Persönlichkeit gebraucht. Eine Variante aus neuerer Zeit ist Politkschanze. (Quelle: Wikipedia)

Die Hofstranze/ der Hofstranze ist ein opportunes Tierchen, das seine erste Erwähnung in den Sozialstudien des Mittelalters findet. Schnell nach ihrem verbürgten Auftauchen, hatte sich die Hofstranze an nahezu jedem Hof eingeknistert, so dass von einer Plage gesprochen wurde. Nach dem Niedergang der hofischen Herrlichkeit mutierte die Hofstranze (der Hofstranz) und erschloss sich neue Felder – so bspw. als Politkschanze.

Als solche hat sie sich heute neue Nischen erobert und lebt darin meist weitgehend unbemerkt und unbehelligt vor sich sie heute meist unbehelligt vor sich hin. Eine dieser Nischen der Politkschanze ist beispielsweise die Lokalredaktion einer örtlichen Zeitung wie die Kieler Nachrichten.

Dort schreibt sie zum Beispiel Berichte über die Geschehnisse in den Ortsbeiräten. Manchen LeserInnen, die selbst bei einer Sitzung anwesend waren fällt dann auf, dass der Bericht nicht die Wirklichkeit des Geschehens wiedergibt, wohl aber die Sichtweise einer politischen Gruppierung.

Welchen Vorteil oder Nutzen die Hofstranze/der Hofstranze dabei hat, bleibt dabei zwar undurchsichtig - dass es einen gibt

ergibt sich allerdings allein daraus, dass die Selbstlosigkeit nicht zu den Eigenschaften der Politkschanze gehört.

Wer einmal ein es dieser opportunen Tierchen beobachten möchte, sollte einmal eine Ortsberatung in Gaarden besuchen, und danach die Darstellungen in der KN nachlesen.

Um das Wirken der Politkschanze in Zukunft angemessen zu würdigen, überlegen wir die Auslobung eines Preise oder einer Auszeichnung. Für Ideen und Vorschläge haben wir ein offenes Ohr.



# AUSGEGRENZTE ARMUT

## Integrieren statt verdängen

In Gaarden gibt es seit Jahren eine zunehmende Polarisierung von Lebensbedingungen und Lebenslagen. In den Stadtteilen Gaarden und Mettenhof, in denen die meisten „Ausländer“ leben, leben auch die meisten armen „Inländer“, und dort leben auch die meisten armen Kinder..

Typisch für Armutsviertel ist auch in Kiel zu beobachten, dass die traditionellen informellen Solidarpotenziale infolge anhaltender Arbeitslosigkeit, materieller Not und sozialer Ausgrenzung verschwinden. Die Armut geht einher mit sozialer Ungleichheit und Benachteiligungen.

Die Stadtteile mit den höchsten Anteilen von Kindern (und Familien) an der Bevölkerung sind zugleich jene mit besonders hohen Armutsquoten, hoher Arbeitslosigkeit, hohen Anteilen von Alleinerziehenden und besonders vielen Migranten.

Die „Unterschicht“ der „kinderfreundlichen Stadt“ Kiel lebt heute in armen Verhältnissen, sozialräumlich segregiert auf Gaarden, Mettenhof und ein paar andere Stadtteile begrenzt. Die „soziale Bandbreite“ bzw. das soziale Ähnlichkeitsprofil wird allein durch die Einkommensarmut der Bewohner bestimmt. Armut allein aber stiftet keine sozialen Beziehungen und schon gar keine Solidarität.

Dieser Zustand gefährdet sogenannte Humanvermögen der Stadtgesellschaft. Für eine positive und emazipatorische Entwicklung ist die Stadt Kiel darauf angewiesen, dass ihre nachwachsende Generation mit den wichtigsten Daseins- und Sozialkompetenzen und Motiven ausgestattet wird.

Die gesellschaftspolitische Frage nach der Zukunft des Kinder und Jugendlichen ist eine der großen Herausforderungen der lokalen Politik. In Familien alleinerziehender Mütter lebt mehr als die Hälfte aller sozialhilfeabhängigen Kinder unter 16 Jahren. Kinder, die in Gaarden oder Mettenhof aufwachsen, erfahren eine abweichende gesellschaftliche Normalität: Arbeitslosigkeit, soziale Ausgrenzung, Apathie, gesundheitliche Beeinträchtigungen, Familien ohne Vater, Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe als Regeleinkommen. Die „natürliche“ Einstellung der Menschen zur Welt ist unter diesen Voraussetzungen Misstrauen und ein geringes Selbstwertgefühl; Rückzug und Apathie bzw. „Gestaltungspessimismus“ sind unter diesen Bedingungen eine durchaus „rationale“, also vernünftige und nachvollziehbare Haltung.

Kinder, die unter solchen Voraussetzungen aufwachsen haben keine Chance, die Nützlichkeit der Kompetenzen zu erfahren, die das „Humanvermögen“ ausmachen, die als das Ergebnis einer erfolgreichen Sozialisation die „Grundausbildung“ für erfolgreiches Handeln in allen gesellschaftlichen Bereichen und für soziale Zugehörigkeit darstellen.

**Alle Kinder sind im  
neuen Zentralbad  
nur nicht Lisa und Jonas  
die sind arm**

„Kiel hat sich zielstrebig auf den Weg gemacht,  
zu einer der kinderfreundlichsten Städte  
in Deutschland zu werden.“

**KIEL SAILING CITY**

bildeter Lehrer anstatt Sozialpädagogen als Feuerwehr.

Der entscheidende Faktor aber für den Ausschluss ist in unserer Gesellschaft das Geld und die Arbeit ist der zentrale Integrationsmechanismus. Hier geht es letztlich um Investitionen in die nachwachsende Generation. Wo es keinen ersten Arbeitsmarkt gibt, macht die Rede vom zweiten keinen Sinn.

Isolation, resignative Apathie und Gestaltungspessimismus in den armen Vierteln sollten durch die Maßnahmen und Projekte des „Quartiersmanagements“ (Büro Soziale Stadt und Träger) bekämpft werden.

In diesem Bereich hat das allerdings gar nichts bewirkt, sondern allenfalls für eine beginnende Aufwärtsbewegung Gaarden mit zwangsläufig folgender Gentrifizierung betrieben.,

Mit welchen Handlungsansätzen ist es möglich, sozial ausgegrenzte und (deshalb) resignative Bevölkerungsgruppen in die „Stadtgesellschaft“ zurückzuholen?

Mit diversen Projekten soll beispielsweise Gaarden revitalisiert werden. Diese Projekte können aber nicht die Ursachen des Niedergangs bekämpfen, sondern doktern mit mehr als mäßigen Erfolgen an den Folgen herum.

Ehemals angestrebte Ziele wie die durch Bürgerbeteiligung erhoffte Entstehung selbst helfender Strukturen und sozialer Vernetzungen im Stadtteil scheitern schon am Fehlen einer fehlenden beziehungsweise nicht stattfindenden Bürgerbeteiligung.

Die Beteiligung der Bewohnerinnen wird vorgedacht, so dass es sich nur um sehr eingeschränkte planerische Entscheidungen handelt. Bei diesen Veranstaltungen finden sich dann meist die Reste der verbliebenen Mittelschicht ein.

Auch die Beseitigung von infrastrukturellen Mängeln und sozialen Problemen im unmittelbaren Wohnumfeld wird nie zur Sache der Bewohnerinnen, sondern taucht als Projekt der „Akteure im Sozialraum“ (Jobcenter, Soziale Stadt etc.) auf.

Daneben gibt es Klagen über passive, desinteressierte Menschen. Aber wie aktiviere ich Menschen, denen ich keine oder nur unzureichende Handlungsmöglichkeiten biete? Das braucht mehr als ein wenig Glanzpapier oder ein paar dürftiger Versprechungen, ein paar beruhigender und einschläfernder Worte.

Niemand sagt, dass es einfach ist, aber ganz sicher ist, dass die traditionellen und die „neuen“ Formen der Bürgerbeteiligung die Menschen in den benachteiligten Stadtteilen Gaarden und Mettenhof nicht erreichen.

Die von anderen vorgedachten Projekte im Armutsmilieu führen den Gedanken der „Beteiligung“ ad absurdum und die Ausführenden sind mit Apathie und Passivität, Resignation und Misstrauen der Bewohner konfrontiert. Das führt unter anderem dazu, dass auf „Vorurteilen“ basierende Bilder verfestigt werden.

Die Haltung der Betroffenen – ihre Hoffnungslosigkeit, ihr Misstrauen etc –basiert auf ihrer Lebenserfahrung und erfüllt wichtige Funktionen ihrer Strategien der Lebensbewältigung. Die „Inaktivität armer Leute“ ist „normal“ und u.a. wichtiger Bestandteil einer Schutzfunktion.

Weshalb sollen sich Menschen in Projekten und Programmen engagieren, wenn das Engagement keinen wirklichen Gewinn verspricht, während auf Seiten der Kosten, die nicht selten aus Erfahrungen gewonnene Angst vor Misserfolgen und Sanktionen und die Einschätzung, dass die Aktion unmittelbar mit ihnen als

Person zu tun haben.

Die soziale Umwelt in dem Armutsviertel dagegen ist immerhin so vertraut, dass sie sie als selbstverständlich hingenommen werden kann und so können sich kaum alternative Vorstellungen entwickeln. Auch diese Lebenswelt führt zur Entwicklung von Routinen, deren Störung Angst auslöst. Rückzug, Misstrauen und auch „Passivität“ sind deshalb durchaus vernünftig.

Menschen, die in Armut leben, müssen mißtrauisch Gewinn und Verlust abwägen. Sie können also nur bereit sein, ein Vertrauen erfordernde soziale Beziehung einzugehen, wenn der erwartbare Nutzen deutlich größer ist als der zu riskierende Verlust und ein Erfolg kurzfristig absehbar ist. Solche Situationen gibt es nicht in der sozialen Welt Gaardens und Mettenhofs.

# Interventions- und Präventionsmaßnahmen als gemeinsame Aufgabe von Schule und Jugendhilfe

Auszug aus einem Artikel von Christoph Butterwegge: Kinderarmut und sozialer Ausschluss. Quelle und vollständiger Artikel unter: <http://www.inklusion-online.net/index.php/inklusion/article/viewArticle/90/93>

sNötig wäre ein Paradigmawechsel vom „schlanken“ zum interventionsfähigen und -bereiten Wohlfahrtsstaat (vgl. hierzu: Butterwegge 2006). Erforderlich ist ein Konzept, das unterschiedliche Politikfelder (Beschäftigungs-, Bildungs-, Familien- und Sozialpolitik) miteinander verzahnt und Maßnahmen zur Umverteilung von Arbeit, Einkommen und Vermögen einschließt. Dagegen sind durch separate und voneinander isolierte Schritte, wie etwa höhere Transferleistungen an (sämtliche) Eltern, die prekären Lebenslagen nur partiell zu verbessern, ihre tief sitzenden Ursachen aber schwerlich zu beseitigen. Ein integrales Konzept zur Verringerung und Vermeidung von Kinderarmut umfasst gesetzliche (Neu-)Regelungen sowie monetäre und Realtransfers (vgl. Mierendorff/Olk 2003, S. 419). Individuelle und erzieherische Hilfen, Fördermaßnahmen für Kinder und strukturelle Reformen sollten einander sinnvoll ergänzen und so verzahnt werden, dass möglichst wenig Reibungsverluste zwischen den verschiedenen Institutionen und Trägern entstehen (vgl. Lutz 2004, S. 57).

Bildungs-, Erziehungs- und Kultureinrichtungen sind für eine gedeihliche Entwicklung und freie Entfaltung der Persönlichkeit sozial benachteiligter Kinder unentbehrlich, weshalb sie nicht – dem neoliberalen Zeitgeist entsprechend – privatisiert, sondern weiterhin öffentlich finanziert und noch ausgebaut werden sollten. Karl August Chassé, Margherita Zander und Konstanze Rasch (2007, S. 342) fordern daher eine stärkere Zusammenarbeit bzw. Verzahnung von Schule und Jugendhilfe: „Öffnungen der Schule gegenüber dem Stadtteil bzw. dem Freizeitbereich könnten einerseits zu einer gemeinwesenorientierten Schule führen. Auf der anderen Seite müssten die Institutionen der Kinder- und Jugendhilfe – sicherlich oft in Kooperation mit den Schulen, vor allem im Kontext von Ganztagschulen – lebensweltnahe attraktive Freizeit-, Förder- und Bildungsangebote entwickeln, mit denen die Kinder erreicht werden können, die von herkömmlichen Vereinen und kommerziellen Angeboten keinen Gebrauch machen können.“

Eine bessere, die Schule weniger auf soziale Selektion ausrichtende Bildungspolitik wäre ein wichtiger Baustein zur Bekämpfung der Armut von Kindern und Jugendlichen. Man muss sich nicht zuletzt aufgrund schlechter Ergebnisse der Bundesrepublik bei internationalen Schulleistungsvergleichen (PISA) darum bemühen, kinderreiche Eltern finanziell zu entlasten und talentierte Kinder aus Unterschichten bzw. migrierten Familien durch ergänzende Programme zu unterstützen: „Eine wichtige Funktion könnte auch der außerschulischen Bildungsarbeit zukommen, indem sie Kindern und Jugendlichen Kompetenzen im Bereich der Kultur und der Kunst

vermittelt, die zur Selbstwertsteigerung beitragen können.“ (Lange u.a. 2003, S. 170)

Angesichts der durch Kinderarmut verstärkten Chancenungleichheit in der Gesellschaft bildet sie eine zentrale Herausforderung für die Schule. Da jene Infrastruktur weitgehend fehlt, die es auch Alleinerziehenden erlaubt, neben der Familien- noch Erwerbsarbeit zu leisten, liegt hier – neben der notwendigen Erhöhung monetärer Transfers zu Gunsten sozial benachteiligter Kinder – ein wichtiger Ansatzpunkt für Gegenmaßnahmen. Ganztagschulen, die (gebührenfreie) Kindergarten-, Krippen- und Hortplätze ergänzen sollten, hätten einen pädagogisch-sozialen Doppelleffekt: Einerseits würden von Armut betroffene oder bedrohte Kinder umfassender betreut und systematischer gefördert als bisher, andererseits könnten ihre Mütter leichter als sonst einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen, was sie finanzielle Probleme besser meistern ließe. Ergänzend dazu müssten (größere) Unternehmen für Alleinerziehende günstige Arbeitszeitmodelle und/oder Betriebskindergärten anbieten. Durch die Ganztags- als Regelschule lassen sich soziale Handikaps insofern kompensieren, als eine bessere Versorgung der Kinder mit Nahrung (gemeinsame Einnahme des Mittagessens), eine gezielte Unterstützung vor allem leistungsschwächerer Schüler/innen bei der Erledigung von Hausaufgaben und eine sinnvollere Gestaltung der Freizeit möglich wären (vgl. dazu: Hammer 2010).

Nachdem die CDU/CSU/FDP-Koalition aufgrund ihrer Neigung, eher die „Leistungsträger“ als die Transferleistungsbezieher/innen zu unterstützen bzw. steuerlich zu entlasten, mit dem sog. Sparpaket, das sie am 6./7. Juni 2010 im Bundeskanzleramt beschlossen hat, Streichungen und Leistungskürzungen im Sozialbereich auf den Weg gebracht hat, kommt es ganz entscheidend darauf an, wie (Fach-)Öffentlichkeit und Medien mit dem Thema „Kinderarmut“ umgehen. Ohne mehr Sensibilität für gesellschaftliche Spaltungs- und massive Verarmungstendenzen im Gefolge der globalen Finanz- und Weltwirtschaftskrise wird es keine Solidarität mit den Armen geben. Hans Weiß (2005, S. 183) warnt vor einer „Pädagogisierung“ und „Therapeutisierung“ der Problematik, die im öffentlichen bzw. Mediendiskurs über eine „neue Unterschicht“ angelegt ist: „Darin werden Armut und Unterschichtszugehörigkeit und ihre Auswirkungen auf Kinder, abstrahiert von den sozioökonomischen Bedingungen, z.B. vom Zusammenhang mit Dauerarbeitslosigkeit, primär als Folge der Verhaltensweisen der betroffenen Menschen, ihrer ‚Unterschichtskultur‘ betrachtet und damit letztlich ihnen die ‚Schuld‘ für ihre Situation zugeordnet.“

Helgard Andrä (2000, S. 281) stellt zu Recht fest, „dass die Schule stärker für die sich ausweitende Armut bzw. deren Folgeerscheinungen sensibilisiert werden muss.“ Darauf sind Lehrer/innen, die meist der Mittelschicht entstammen und nicht in „sozialen Brennpunkten“, vielmehr bürgerlichen Stadtvierteln wohnen, nicht oder nur unzureichend vorbereitet. Folglich muss

das Thema „Kinderarmut“ im Rahmen der Lehrerbildung stärker berücksichtigt werden. Wer dort mit dem Problem, seinen Hintergründen und Auswirkungen nie befasst war, kann als Pädagoge keinen ihm adäquaten Unterricht geben. „Probleme wären leichter zu bewältigen, wenn in der Schule offen über Armut, deren Ursachen und mögliche Folgen gesprochen und damit gegenseitiges Verständnis geweckt und für Unterstützung gesorgt würde.“ (Andrä 2000, S. 282 f.) Das Thema „(Kinder-) Armut“ müsste deshalb stärker als bisher Teil der Curricula werden, und zwar nicht mehr nur bezogen auf Not und Elend der sog. Dritten Welt.

Zwar kann die (Sozial-)Pädagogik eine konsequente Politik gegen Armut nicht ersetzen, sie muss aber dafür sorgen, dass diese Problematik trotz emotionaler Barrieren und rationaler Bedenken auf die Agenda gesetzt wird: Die weitgehende Tabuisierung der Kinderarmut ist ein Armutszeugnis für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit (vgl. Esen 2003, S. 203). Fächerübergreifend hätte der Unterricht zu vermitteln, dass sich die Armut nicht auf Entwicklungsländer beschränkt, welche Ursachen sie hat und dass die Betroffenen in aller Regel keine persönliche Verantwortung dafür trifft, individuelle Schuldzuweisungen vielmehr nur von den gesellschaftlichen und politischen Hintergründen des Problems (z.B. Globalisierung, neoliberale Hegemonie, ungerechte Verteilung des Reichtums) ablenken.

Die deutschen Städte und Gemeinden sind aus finanziellen Gründen (sinkende Steuereinnahmen bei steigenden Sozialausgaben) immer weniger in der Lage, ihre Regelaufgaben im Kinder- und Jugendhilfebereich zu erfüllen, von freiwilligen Leistungen ganz zu schweigen. Wenn ihr mehr Mittel zur Verfügung stünden, könnte die Sozial- und Jugendarbeit ein Stützpfiler im Kampf gegen die Armut sein. Die kommunale Sozialpolitik dürfte nicht zulassen, dass Betreuungsangebote aufgrund staatlicher Sparmaßnahmen und leerer öffentlicher Kassen verringert werden. Detlef Baum (2003, S. 182) sieht die zentrale Herausforderung und eine adäquate Strategie zur Bekämpfung der Armut und ihrer Folgen für junge Menschen darin, den Zusammenhang zwischen räumlicher und sozialer Ausgrenzung in den Städten zu durchbrechen: „Will der Staat die individuelle rechtliche und ökonomische Position von Personen verbessern, muss die kommunale Sozialpolitik die sozial-räumlichen Strukturen zu gestalten suchen, unter denen Menschen leben bzw. aufwachsen, und die pädagogischen Beziehungen zu optimieren oder zu konstituieren suchen, die das Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen in einer Kommune gelingen lassen.“

Schule und Jugendhilfe sind gleichermaßen gefordert, im Rahmen ihrer beschränkten Möglichkeiten für alle jungen Menschen befriedigende Lebensverhältnisse und ein Höchstmaß an Chancengleichheit zwischen Jugendlichen unterschiedlicher sozialer wie ethnischer Herkunft zu schaffen. Roland Merten (2001, S. 312) konstatiert jedoch, dass noch keine Kinder- und Jugendhilfepolitik entwickelt und realisiert worden sei, die man als Politik für Kinder und Jugendliche klassifizieren könne. Aufgrund der „strukturellen Exklusion“ von Kindern und Jugendlichen, die Merten beklagt, geht es nicht nur um die materielle Unterstützung, sondern auch um die rechtliche Aufwertung und politische Emanzipation junger Menschen. (Sozial-)Politik für Kinder und Jugendliche muss auch Politik von und mit ihnen sein, sollen diese als heute am häufigsten und am meisten von Armut bzw. Unterversorgung in zentralen Lebenslagen betroffene Subjekte wirklich ernst genommen werden (vgl. Sünker 2001)..

Christoph Butterwege ist Professor für Politikwissenschaft am Institut für vergleichende Bildungsforschung und Sozialwissenschaften an der Humanwissenschaftlichen Fakultät der Universität zu Köln. Er ist Armutsforscher und Mitglied der Forschungsstelle für interkulturelle Studien (FiSt).

### **Buchtip**

Christoph Butterwege : Armut in einem reichen Land

Wie das Problem verharmlost und verdrängt wird

Frankfurt am Main/New York (Campus Verlag) 2009; ISBN-Nr. 978-3-593-38867-0; 380 Seiten, Ladenverkaufspreis: 24,90 EUR